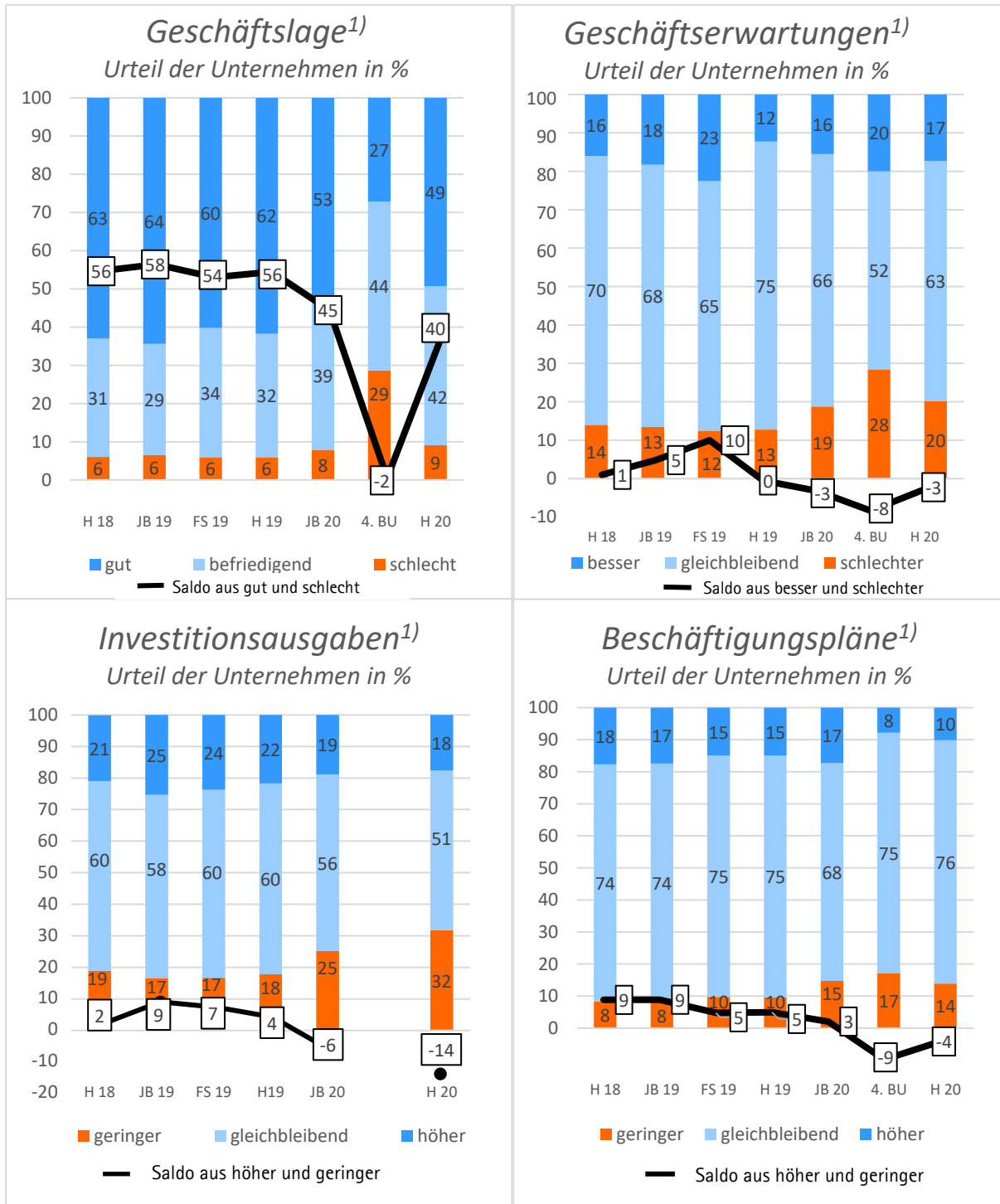


Ergebnisse Konjunkturumfrage der IHK Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern

Herbst 2020



¹⁾ Abweichungen der Summen von 100 ergeben sich durch die Rundungen auf ganze Zahlen.

Deutliche Erholung aber noch keine Normalität

Die aktuelle Konjunkturumfrage zeigt, dass sich die gewerbliche Wirtschaft in der IHK-Region Neubrandenburg von den pandemiebedingten Einschränkungen der Geschäftstätigkeit erholt.¹ Fast die Hälfte der antwortenden Unternehmen bezeichnet ihre Geschäftslage als „gut“ und nur 9 % bezeichnet sie als schlecht. Der Saldo aus „gut-“ und „schlecht-“ Meldungen beträgt somit 40 Prozentpunkte gegenüber -2 Prozentpunkten in der Krise und 45 Prozentpunkten vor der Krise. Allerdings sollte der aktuelle Saldo nicht unmittelbar mit dem Vorkrisensaldo verglichen werden. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die antwortenden Unternehmen als Bezugsrahmen für ihre aktuelle Lageeinschätzung die Krisensituation im Frühjahr gewählt haben. Gegenüber dieser hat sich die Lage erheblich verbessert. Die Unternehmen konnten ihre Umsätze schneller als erwartet nach dem Lockdown stabilisieren. 35 % der Unternehmen erwarten aktuell für 2020 Umsätze in ähnlicher Höhe wie 2019 und 16 % gehen von einer Umsatzsteigerung in 2020 aus (Tabelle 1). Während Anfang Mai noch 46 % der Unternehmen von mehr als 25 % Umsatzverlust gegenüber 2019 ausgingen, fürchten dies nun nur noch 9 %. Auch die Beurteilungen der Finanzlage fallen jetzt günstiger aus: 55 % der Unternehmen geben an, dass die Pandemie sich nicht negativ auf ihre Finanzlage ausgewirkt hat und nur noch 14 % beklagen Liquiditätseingpässe (Tabelle 2). Die in der Krise ergriffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen von Bund und Ländern haben zu dieser Stabilisierung beigetragen. Bei all diesen positiven Entwicklungen darf aber nicht übersehen werden, dass aktuell noch 44 % der Unternehmen im Jahr 2020 Umsatzverluste gegenüber 2019 erwarten und 45 % der Unternehmen über negative Folgen der Covid-19-Pandemie auf die Finanzlage, insbesondere über Eigenkapitalrückgang (30 %) klagen.

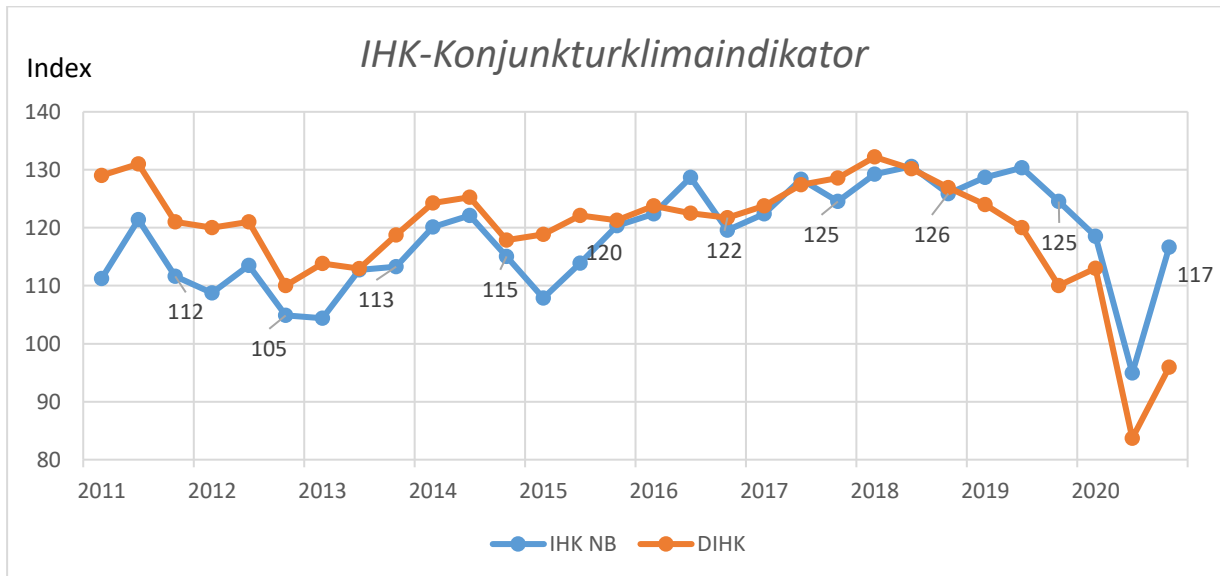
Auch in die Zukunft blicken die Unternehmen nun mit mehr Zuversicht. Während Ende März im Schock des Lockdowns 23 % der Unternehmen Insolvenz befürchteten, taten dies Ende Juni noch 8 %. Gefragt nach der Entwicklung der Geschäftstätigkeit in den kommenden 12 Monaten übertrafen die „Schlechter“-Meldungen die „Besser“-Meldungen Ende Juni um 8 Prozentpunkte, aktuell nur noch um 3 Prozentpunkte. Auch dieser Saldo sollte nicht mit dem Vorkrisensaldo verglichen werden. Nur bei gut einem Drittel der Unternehmen ist die Geschäftstätigkeit wieder zur Normalität zurückgekehrt, knapp ein Viertel erwartet dies erst für 2021 (Tabelle 3). Aufgrund der sich mittlerweile zeigenden Persistenz der Pandemie erwarten nun sogar mehr Unternehmen eine Normalisierung der Geschäftstätigkeit nicht vor 2022.

Zur Abbildung der Einschätzungen der Unternehmen bzgl. der aktuellen Lage und ihrer Erwartungen in einer einzigen Zahl dient der Konjunkturklimaindikator (Abb. 1). Er kann Werte von 0-200 annehmen. Der aktuelle Wert von 117 Indexpunkten zeigt, dass sich die Stimmung in den Unternehmen seit der Blitzumfrage Ende Juni mit einem Klimaindex von 95 Indexpunkten erheblich verbessert hat. Dass er fast wieder das Vorkrisenniveau erreicht, sollte – wie bei den darin eingehenden Indikatoren – nicht zu dem Schluss verleiten, die Stimmung in der Wirtschaft sei ähnlich gut wie vor der Krise und die Unternehmen würden im Wesentlichen schon jetzt an die Situation von vor der Krise anknüpfen können.

Dass dies nicht der Fall ist, zeigen auch die unternehmerischen Beschäftigungs- und Investitionsplanungen. Während in den letzten Jahren konjunkturelle Eintrübungen aufgrund des allgemeinen Arbeitskräftemangels kaum Einfluss auf die Beschäftigungspläne hatten, überwiegen aktuell die Unternehmen, die von einer rückläufigen Beschäftigtenzahl in ihrem Unternehmen ausgehen. Der Fachkräftemangel bleibt zwar an oberster Stelle bei den Geschäftsrisiken, wird aber nur noch von 53 % der Unternehmen (JB 20: 60 %) genannt. 36 % (JB 20: 42%) der Unternehmen können derzeit offene Stellen längerfristig (mehr als zwei Monate) nicht besetzen.

¹ Für die Konjunkturumfrage wurden vom 7. September bis 2. Oktober 915 Unternehmen befragt, geantwortet haben davon 286. Sie verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie, Bau, Handel, Dienstleistungen, Verkehr und Gastgewerbe. Um die wirtschaftlichen Auswirkungen der behördlichen Einschränkungen der Geschäftstätigkeit einschätzen zu können und der Politik Handlungsempfehlungen geben zu können, haben die IHKs von März bis Juni 4 Blitzumfragen (BU) durchgeführt. Die Ergebnisse der aktuellen Konjunkturumfrage werden mit den Antworten dieser Umfragen verglichen.

Abb. 1



Die Investitionspläne für die kommenden 12 Monate weisen auf die noch offenen Wunden, die die Covid-19-Pandemie geschlagen hat: 30 % der Unternehmen beklagen Eigenkapitalrückgang, 6 % einen erschwerten Fremdkapitalzugang und 9 % eine hohe Fremdkapitalbelastung. Dementsprechend überwiegt der Anteil der Unternehmen, der die Investitionsausgaben einschränken will, denjenigen, der sie erhöhen will, um 14 Prozentpunkte. Ähnlich schlecht war die Investitionsneigung zuletzt im Jahr 2015. Fast ein Viertel der Unternehmen plant keine Investitionen zu tätigen und der Anteil der Unternehmen, die Investitionen über 500.000 € planen, ist von 19 % auf 11 % zurückgegangen.

Neben Ersatzbeschaffung, die von knapp 80 % der investierenden Unternehmen als Motiv genannt wird, stehen Produktinnovationen für 27 % der Unternehmen im Vordergrund. Sie haben damit als Investitionsmotiv gegenüber der Umfrage vom Jahresbeginn 20 an Bedeutung gewonnen (JB: 21 %). Dagegen spielen Rationalisierungsinvestitionen eine geringere Rolle als noch zum Jahresbeginn 2020.

Tabelle 1

Gesamtumsatz 2020 im Vergleich zu 2019 Einschätzungen der Unternehmen in %	2. BU 24.-27.3.	3. BU 4.-6.5.	4. BU 22.-26.6.	H 20
Umsatzsteigerung	3	3	6	16
In etwa gleicher Umsatz wie 2019	3	10	15	35
Rückgang um bis zu 10 %	7	8	14	16
Rückgang um mehr als 10 % bis zu 25 %	18	18	21	18
Rückgang um mehr als 25 % bis zu 50 %	23	22	18	7
Rückgang um mehr als 50 %	30	24	15	2
Derzeit keine Einschätzung möglich	16	14	11	6

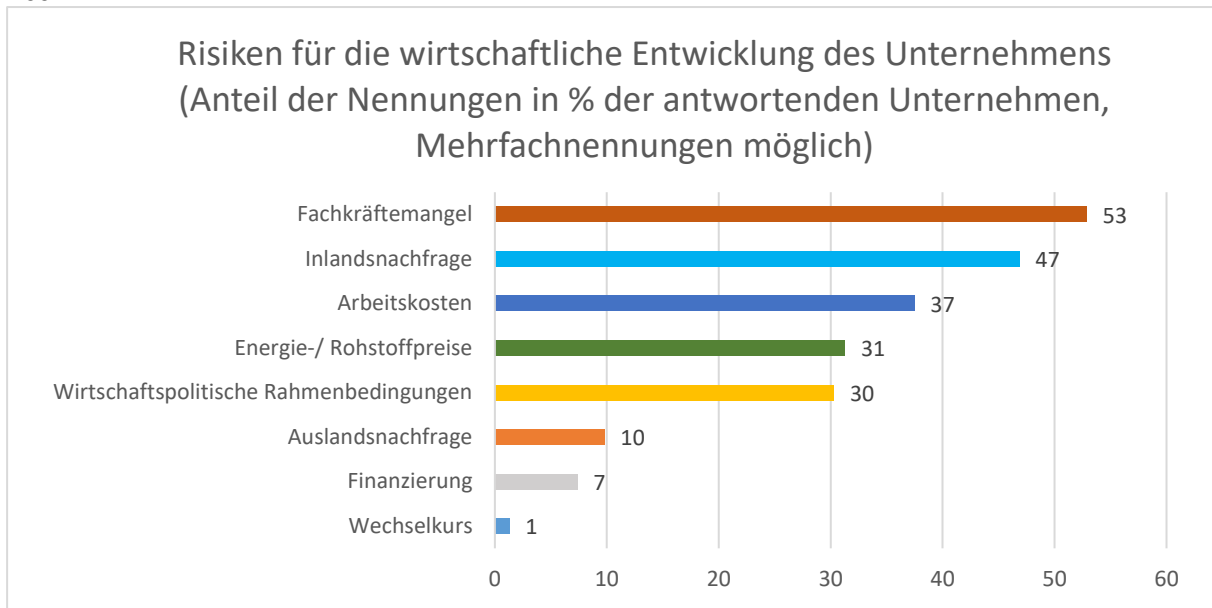
Tabelle 2

Die aktuelle Finanzlage ist geprägt durch..... Einschätzungen der Unternehmen in % (Mehrfachantworten möglich)	3. BU	4. BU	H 20
Liquiditätsengpässe	37	33	14
Eigenkapitalrückgang	58	40	30
zunehmende Forderungsausfälle		10	13
keine negativen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie	27	33	55

Tabelle 3

Wann rechnen Sie mit einer Rückkehr zur normalen Geschäftstätigkeit? Einschätzungen der Unternehmen in %	3. BU	4. BU	H 20
Wir arbeiten wieder in oder über der Vorkrisenauslastung noch im Laufe des Jahres 2020	34	32	34
Im Verlauf des Jahres 2021	14	12	8
Nach 2021	25	29	24
Wir rechnen nicht mit einer Rückkehr zur Normalität	5	5	11
Derzeit keine Einschätzung möglich	5	5	6
	17	17	17

Abb. 2



Als Geschäftsrisiko hat die Inlandsnachfrage erheblich an Bedeutung gewonnen (JB 20: 33 %). Niedrigere verfügbare Einkommen, aber auch die Sorge vieler, insbesondere älterer Menschen vor Ansteckung, schlagen sich im stationären Einzelhandel, bei einigen Dienstleistungen und auch im Gastgewerbe in geringerer Nachfrage nieder. Da die Energie- und Rohstoffpreise zu Beginn der Covid-19-Pandemie stark gefallen sind und aktuell noch immer niedriger liegen als zum Jahresbeginn, sehen nur 31 % der Unternehmen in ihnen ein Geschäftsrisiko (JB 20: 46 %).

Die Entwicklung in den Branchen

Wenn auch für Industrieunternehmen im Allgemeinen kein Lockdown angeordnet wurde, litten sie unter den Auswirkungen des Lockdowns in anderen Branchen und Ländern. Bei der 4. Blitzumfrage Ende Juni beurteilten 23 % der hiesigen Industrieunternehmen ihre Lage als schlecht, 30 % als befriedigend. Inzwischen funktioniert der internationale Warenhandel wieder weitgehend, die verfügbaren Einkommen werden durch Kurzarbeitergeld gestützt. Dementsprechend schätzen die hiesigen Industrieunternehmen ihre Umsatzentwicklung im Jahr 2020 gegenüber 2019 jetzt deutlich günstiger ein: 22 % (4. BU: 15 %) erwarten eine Umsatzsteigerung und 35 % (4. BU: 23 %) gehen von gleichen Umsätzen in beiden Jahren aus, nur noch 8 % (4. BU: 15 %) erwarten Umsatzeinbußen zwischen 25 und 50 %. Folglich fällt auch die Beurteilung der Lage besser aus als bei der 4. Blitzumfrage. Nur noch 3 % halten sie für schlecht, 49 % für befriedigend.

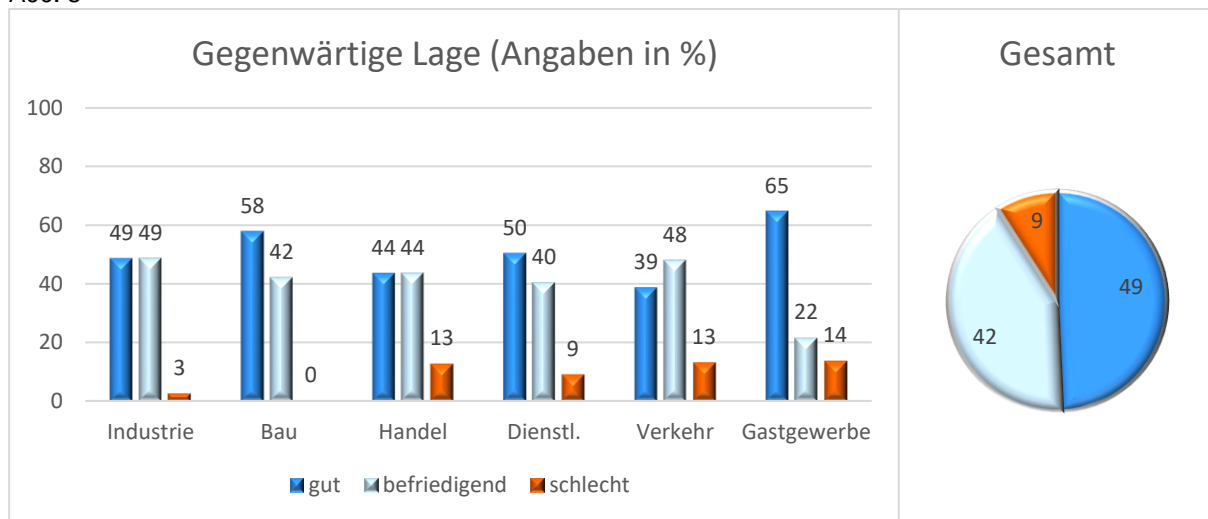
Der Blick auf die Zukunft hat sich ebenfalls aufgehellt und die Beschäftigungspläne positiv beeinflusst. Befürchteten bei der 4. Blitzumfrage noch 23 % der Industrieunternehmen, dass sie Personal abbauen müssten, so sind es aktuell nur noch 14 %. Am strukturellen Arbeitskräftemangel hat die Covid-19-

Pandemie allerdings nichts geändert. 43 % der Unternehmen geben an, dass sie offene Stellen längerfristig nicht besetzen können (JB 20: 39 %).

Auch wenn die Erholung deutlich ist, arbeiten die Unternehmen zum großen Teil noch nicht im Normalbetrieb. 35 % der Unternehmen erwarten erst für 2021 die Rückkehr zur normalen Geschäftstätigkeit, 11 % sogar nicht vor 2022. Diese Erwartungen dämpfen die Investitionspläne der Industrieunternehmen. Der Investitionssaldo liegt bei -11 Prozentpunkten und gegenüber dem Jahresbeginn 2020 sind die geplanten Investitionssummen erheblich gesunken. Nur noch knapp ein Fünftel der Unternehmen plant Investitionen von über 500.000 € (JB 20: 35 %). Bei etwa der Hälfte dieser Unternehmen bleibt die Investitionssumme unter 100.000 €.

Nur gut 40 % der Industrieunternehmen tätigen Exporte. Unter ihnen erwarten derzeit weitaus mehr Unternehmen sinkende als steigende Exporte.

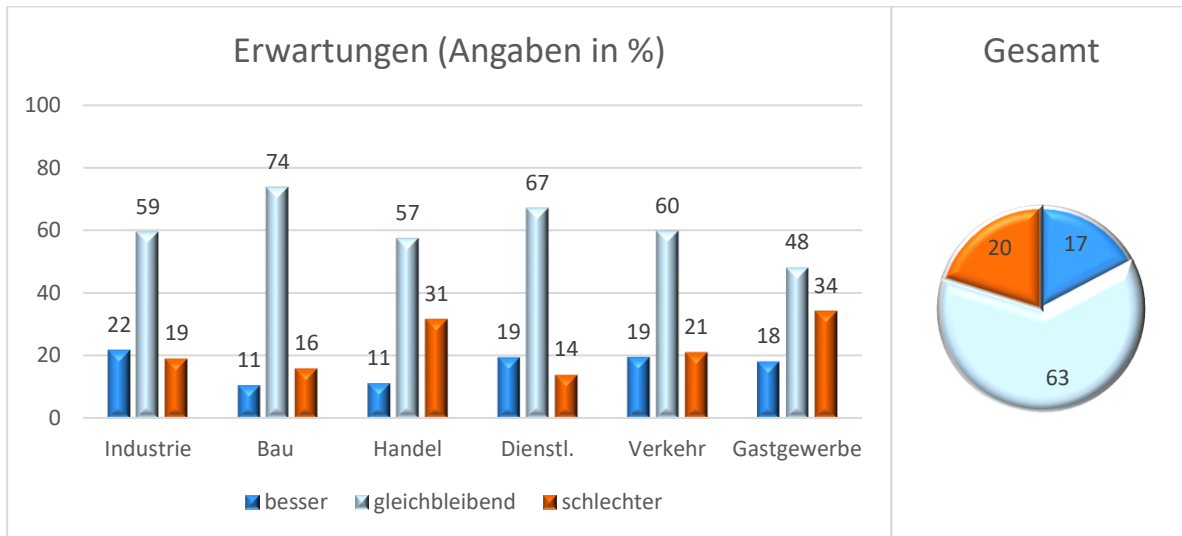
Abb. 3



Die Arbeit der **Baubranche** wurde in geringerem Maße durch die Covid-19-Pandemie behindert als die der anderen Branchen. Dementsprechend beurteilt aktuell kein Unternehmen seine Geschäftslage als schlecht. Fast 80 % der Unternehmen geben an, dass die Pandemie ihre Finanzlage nicht negativ beeinflusst hat. 53 % der Betriebe arbeiten wieder im Normalbetrieb, ein deutlich höherer Prozentsatz als im Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft. Dennoch erwarten immerhin 26 % der Baubetriebe Umsatzverluste zwischen 10 und 25 % gegenüber dem Vorjahr. Gründe hierfür sind, dass im Ausland wohnende Arbeitnehmer in der Zeit des Lockdowns nicht nach Deutschland einreisen konnten, behördliche Genehmigungen länger auf sich warten ließen oder Aufträge aus stark von der Krise betroffenen Branchen storniert wurden. Hohe Auftragsbestände milderten allerdings im Allgemeinen die Auswirkungen solcher Stornierungen. Der Erwartungssaldo ist leicht negativ und auch bei den Investitionsplanungen sind die Unternehmen vorsichtig. Nur 6 % wollen ihre Investitionsausgaben in den kommenden 12 Monaten erhöhen. Die Investitionssummen entsprechen in etwa denjenigen vom Jahresbeginn 2020.

Die Baubranche leidet aktuell wie keine andere unter dem Arbeitskräftemangel. 68 % der Unternehmen geben an, längerfristig offene Stellen nicht besetzen zu können. Deshalb ist wohl eher das knappe Arbeitsangebot die Ursache dafür, dass deutlich mehr Unternehmen von einer sinkenden als von einer steigenden Mitarbeiterzahl in ihrem Betrieb ausgehen (Beschäftigungssaldo: -11 Prozentpunkte).

Abb. 4



Die Handelsunternehmen haben in Abhängigkeit von den für sie geltenden behördlichen Einschränkungen, der Verfügbarkeit von Substituten im Onlinehandel oder eigenen Onlineaktivitäten in sehr unterschiedlichem Maß die Covid-19-Pandemie durchlebt. Fast ein Viertel der Unternehmen erwartet eine Umsatzsteigerung in 2020 gegenüber 2019, 22 % gehen von einem Umsatz ähnlich dem des Vorjahrs aus, 20 % befürchten Umsatzeinbußen bis zu 10 %, 16 % Umsatzeinbußen zwischen 10 und 25 % und 11 % Umsatzeinbußen zwischen 25 und 50 %. Dementsprechend unterschiedlich stellt sich auch die Finanzlage der Handelsunternehmen dar. Bei der Hälfte der Unternehmen gibt es keine negativen Auswirkungen der Pandemie auf die Finanzlage. Die andere Hälfte klagt vor allem über Eigenkapitalrückgang (30%), Forderungsausfälle (20 %) und Liquiditätsengpässe (18%). Die Erwartungen für die kommenden 12 Monate sind im Handel pessimistischer als im Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft. Der Erwartungssaldo liegt bei - 20 Prozentpunkten. Die zum Teil problematische Finanzlage und schlechte Stimmung bremsen die Investitionsbereitschaft. Der Investitionssaldo liegt bei -18 Prozentpunkten. Allerdings hat sich der Anteil an Unternehmen, die keine Investitionen planen, gegenüber dem Jahresbeginn 2020 fast halbiert und der Anteil der Unternehmen mit Investitionen bis zu 500.000 € ist von 52 % auf 76 % angestiegen. Gut vier Fünftel dieser Investitionen werden ein Volumen von unter 100.000 € haben. Neben Ersatzinvestitionen spielen Rationalisierung, Produktinnovationen und Kapazitätserweiterung als Investitionsmotive eine Rolle. In diese Kategorien fallen auch Investitionen zur Digitalisierung der Geschäftsprozesse, die viele Einzelhändler durch die Pandemie angeregt und mit Hilfe von Förderprogrammen jetzt vorantreiben. Der Beschäftigungssaldo ist mit -9 Prozentpunkten negativ. Angesichts der hohen Umsatzverluste in einigen Einzelhandelsbranchen seit Ausbruch der Covid-19-Pandemie und dem Druck vom Online-Handel auf den stationären Handel planen einige Einzelhändler, ihre Mitarbeiterzahl zu verringern. Da gleichzeitig gut ein Drittel der Handelsunternehmen derzeit offene Stellen längerfristig nicht besetzen kann, würden freigesetzte Mitarbeiter in diesen womöglich eine neue Beschäftigung finden.

Abb. 5

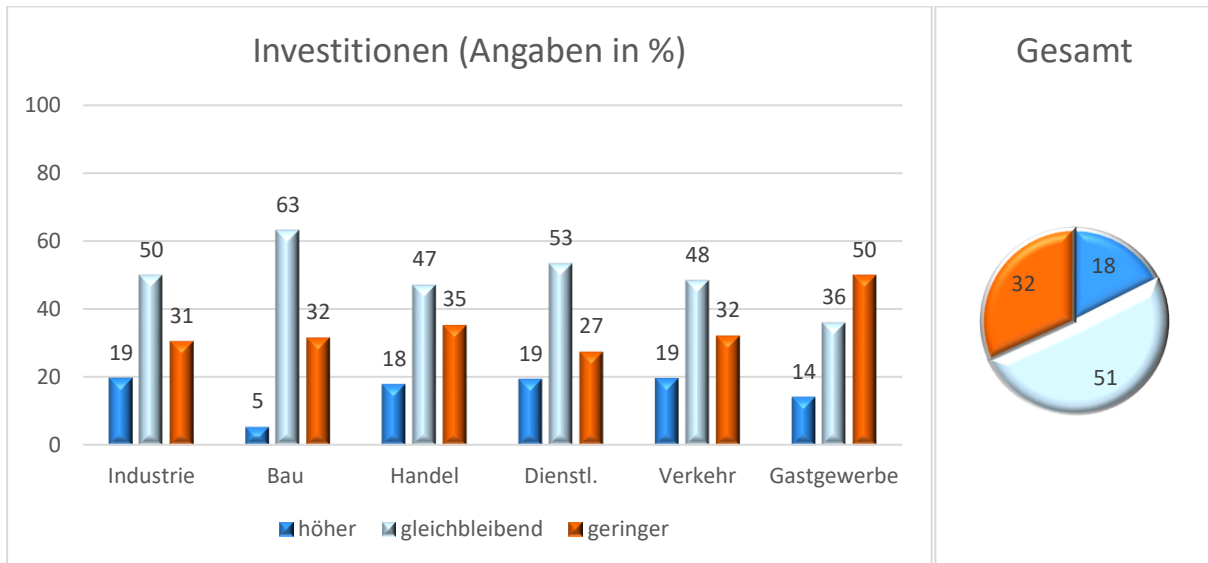
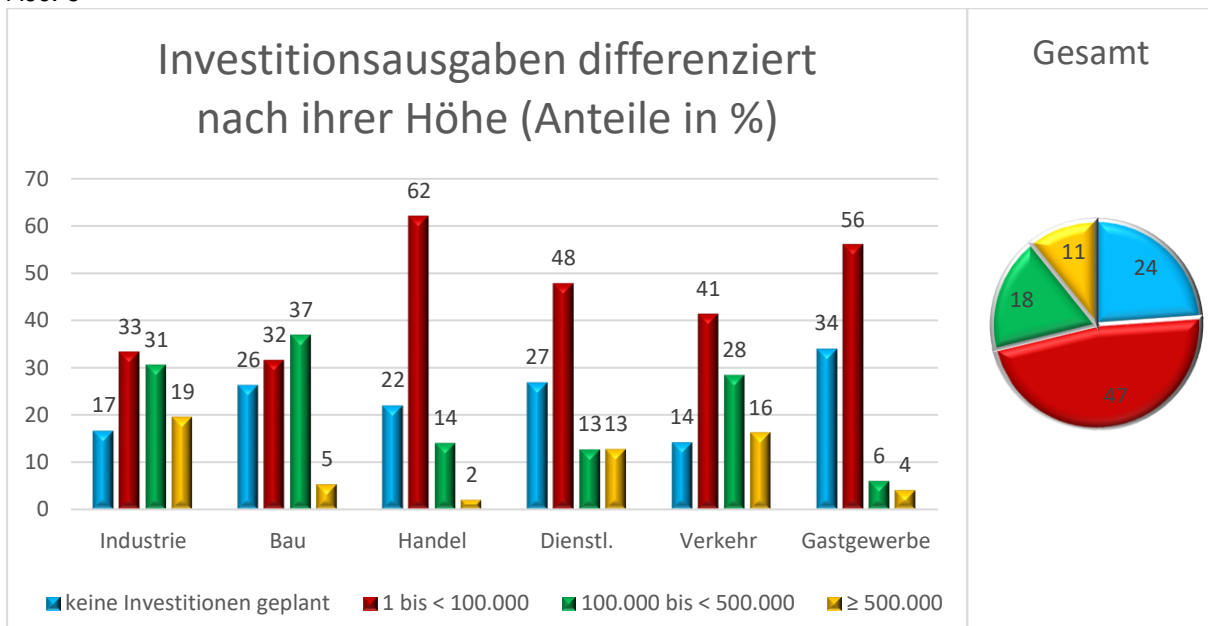


Abb. 6

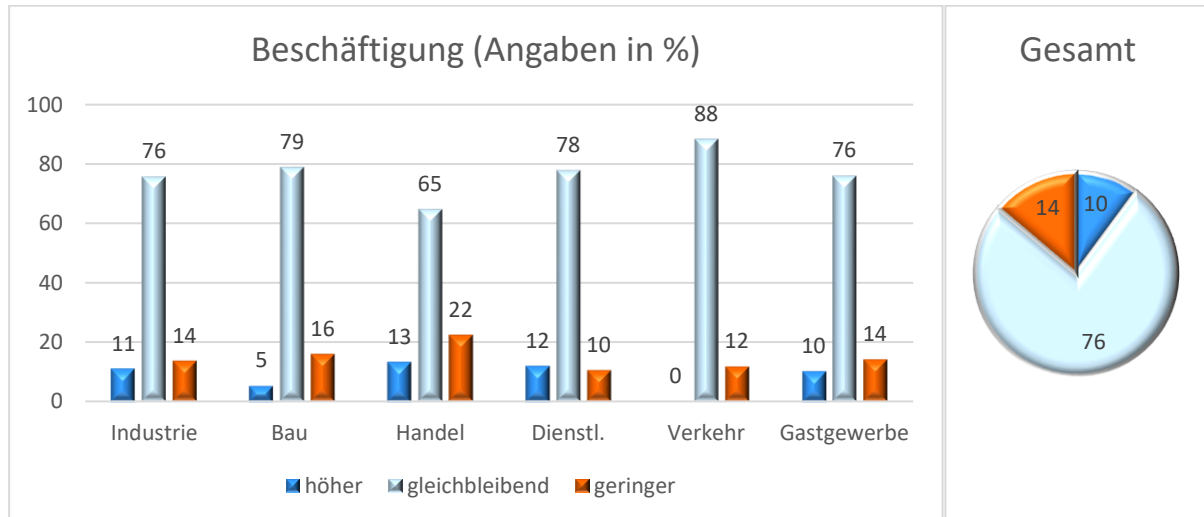


Die Dienstleistungsunternehmen in der IHK-Region bezeichnen zu 91 % ihre Lage als befriedigend oder besser. 13 % erwarten im Jahr 2020 Umsatzsteigerungen gegenüber dem Vorjahr und 44 % gehen davon aus, dass ihre Umsätze eine ähnliche Größenordnung wie 2019 erreichen werden. 39 % arbeiten schon jetzt wieder im Normalbetrieb, weitere 11 % erwarten dies bis zum Jahresende 2020. Hinter diesen guten Bewertungen stehen so verschiedene Branchen wie Finanz- und Versicherungsdienstleister, Wach- und Sicherheitsdienstleister, IuK-Dienstleister, Altenpflege, Garten- und Gebäudebetreuung, Grundstücks- und Wohnungswesen. Sie waren nur geringfügig vom Lockdown betroffen, z. B. insofern als weniger Kunden die Geschäftsstellen von Versicherungsdienstleistern aufsuchten. Bezüglich IuK-Dienstleistungen erhöhte die Pandemie sogar die Nachfrage. Besonders günstig beurteilt die Immobilienwirtschaft ihre aktuelle Lage. Zu den Dienstleistungsunternehmen gehören allerdings auch Reisebüros/Reisemittler. Sie leiden unter hohen Kosten aufgrund von Stornierungen unter Umsatzverlusten von mehr als 50 % aufgrund der weltweit anhaltenden Reisebeschränkungen. Viele können derzeit nicht einschätzen, wann sie wieder ihre normale Geschäftstätigkeit aufnehmen können, die übrigen rechnen i. d. R. frühestens im 2. Halbjahr 2021 damit.

Der Erwartungssaldo der Dienstleistungsbranche insgesamt liegt mit + 5 Prozentpunkten weit über dem Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft. Dennoch zeigen die Unternehmen bei ihren Investitionen Zurückhaltung. Der Investitionssaldo liegt mit 8 Prozentpunkten im Minus und 27 % (JB 20: 14 %) planen für die kommenden 12 Monate keine Investitionen. Der Anteil der Unternehmen, die Investitionen über 500.000 € tätigen wollen, ist von 20 % zum Jahresbeginn auf aktuell 13 % zurückgegangen.

In der Dienstleistungsbranche erwarten annähernd gleich viele Unternehmen ein Wachsen der Belegschaft wie ein Schrumpfen. Seltener bleiben Stellen längerfristig unbesetzt und 56 % der Unternehmen geben an, dass sie derzeit keinen Personalbedarf haben. Der Arbeitskräftemangel ist offenbar ein geringeres Problem als in allen anderen Branchen.

Abb. 7



In der Verkehrsbranche sind die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie im Güterverkehr andere als im Personenverkehr. Die Güterverkehrsunternehmen und Speditionen schätzen ihre Lage als „gut“ oder „befriedigend“ ein. Gut die Hälfte geht davon aus, dass der Umsatz 2020 nicht unter das Niveau von 2019 fallen wird und diese sehen daher auch keine Beeinträchtigungen ihrer Finanzlage. Die übrigen haben Umsatzverluste von weniger als 10 % erlitten, sie klagen vor allem über Eigenkapitalrückgang. Es ist den Güterverkehrsunternehmen und Speditionen somit insgesamt recht gut gelungen, ausfallende Gütertransporte zum Beispiel für die Automobilindustrie oder den Bekleidungshandel durch andere, wie z.B. für den Lebensmittelhandel oder den Onlinehandel zu kompensieren. Auf die kommenden 12 Monate blicken die Unternehmen mit Vorsicht. Dies äußert sich zum einen darin, dass mehr Unternehmen ihre Investitionsausgaben kürzen als ausweiten wollen. Zum anderen geht kein Unternehmen von einer steigenden Beschäftigung aus, obwohl fast die Hälfte offene Stellen längerfristig nicht besetzen kann.

Der Personenverkehr, insbesondere der Reisebusverkehr ist stark von den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie betroffen. Ihnen war bis Ende Juni die Geschäftstätigkeit untersagt. Aufgrund der einzuhaltenden Abstände, der Sorge der Konsumenten vor Ansteckungen können die Reisebusunternehmen auch jetzt ihre Kapazitäten bei Weitem noch nicht auslasten. Sie beschreiben ihre Lage als „befriedigend“ oder „schlecht“ und leiden stark unter Eigenkapitalrückgang. Sie erwarten Umsatzrückgänge in diesem Jahr von i. d. R. mindestens 10 %. Einige können den Jahresumsatz 2020 noch nicht abschätzen. Auch von den nächsten 12 Monaten versprechen sich die Unternehmen angesichts von europaweit steigenden Infektionszahlen und darauf beruhenden Einschränkungen im Reiseverkehr nicht viel. Wann die Rückkehr zur normalen Geschäftstätigkeit möglich ist, können sie vielfach noch nicht einschätzen, vor 2022 wird damit kaum gerechnet. Ihre Mitarbeiter wollen sich die Unternehmen über die Krise hinweg erhalten, aber zusätzlicher Personalbedarf besteht nicht. Die unklare Perspektive wirkt sich auch negativ auf die Investitionsplanungen aus.

Insgesamt verplanen die Verkehrunternehmen aktuell für die kommenden 12 Monate sehr viel geringere Investitionssummen als zum Jahresbeginn 2020. Nur noch 16 % der Unternehmen planen Investitionen von über 500.000 € (JB 20: 29 %). Neben Ersatzinvestitionen stehen Investitionen in Umweltschutz im Vordergrund.

Die Covid-19-Pandemie hat sehr starke und andauernde Auswirkungen auf das Gastgewerbe. Es war vom Lockdown stark betroffen und ist noch immer mit Beschränkungen der Geschäftstätigkeit konfrontiert. Insofern lag die Stimmung unter den Gastronomen zu Beginn des Sommers am Boden. Ausgehend davon schätzen sie heute ihre Lage recht positiv ein. 65 % der Unternehmen bezeichnen sie als „gut“, 14 % als „schlecht“. Beide Zahlen liegen über dem Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft. Während das Gastgewerbe in den Städten unter dem Wegfall des Städtetourismus und fehlenden Geschäftsreisenden leidet, kam Restaurants und Beherbergungsbetrieben an den hiesigen Urlaubsorten in den Sommermonaten die starke Nachfrage von deutschen Urlaubern zu Gute, die von Reisen ins Ausland Abstand nehmen mussten oder wollten. Bei kurzfristigen Buchungen konnten die Beherbergungsbetriebe deshalb zum Teil erhebliche Preissteigerungen durchsetzen. Die Restaurants konnten aufgrund der Vorgaben zu Mindestabständen zwischen Tischen und Gästen ihre Kapazitäten nicht voll ausschöpfen und erlitten dadurch Umsatzverluste. Indem sie die zweifache Mehrwertsteuersenkung für Speisen i. d. R. nicht an die Konsumenten weitergaben, konnten sie die mengenbedingten Umsatzverluste sicherlich teilweise ausgleichen. Insgesamt erwarten 12 % der gastgewerblichen Unternehmen für 2020 höhere Umsätze als im Vorjahr und 46 % erwarten Umsatzeinbußen zwischen 10 und 25 %. Bei 39 % der Unternehmen hat sich die Finanzlage pandemiebedingt nicht verschlechtert, aber 52 % beklagen einen Eigenkapitalrückgang und 17 % haben mit Liquiditätsengpässen zu kämpfen.

Auf die kommenden Monate schaut das Gastgewerbe mit großer Sorge und voller Unsicherheit. Der Erwartungssaldo liegt bei -16 Prozentpunkten (gewerbliche Wirtschaft insgesamt: -3 Prozentpunkte). 30 % der Unternehmen wagen derzeit keine Einschätzung, wann ihnen die Rückkehr zur normalen Geschäftstätigkeit möglich sein wird. Die anderen erwarten sie frühestens für die 2. Jahreshälfte 2021. Der Anteil ausländischer Gäste ist zwar in der IHK-Region gering, aber doch 80 % geben an, ausländische Gäste zu haben. Aufgrund der voraussichtlich noch anhaltenden pandemiebedingten Einschränkungen im internationalen Reiseverkehr geht die große Mehrheit unter ihnen von einem sinkenden Anteil ausländischer Gäste aus.

Die kritische Finanzlage und die schlechten Erwartungen halten die Unternehmen von Investitionen ab. Der Investitionssaldo liegt bei -36 % und ist damit weit niedriger als in den anderen betrachteten Branchen. 34 % der Betriebe geben an, dass sie aktuell keine Investitionen planen.

Trotz dieser pandemiebedingt schwierigen und unsicheren Lage versuchen die gastgewerblichen Unternehmen in der IHK-Region, aber offenbar auch in Deutschland insgesamt, im Wesentlichen ihre Mitarbeiter zu halten (Beschäftigungssaldo: -4 Prozentpunkte), so dass auch jetzt noch 43 % der Unternehmen angeben, dass sie offene Stellen längerfristig nicht besetzen können.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Stimmung in der Wirtschaft der IHK-Region zeigt sich zwar recht positiv, aber dies darf nicht darüber hinweg täuschen, dass zwei Drittel der Unternehmen noch nicht wieder ihre Geschäftstätigkeit auf dem Vor-Corona-Niveau erreicht haben. Die Unternehmen leiden zum Teil noch stark unter Eigenkapitalrückgang und Liquiditätsengpässen. Die Verunsicherung bezüglich der Entwicklungen in den kommenden 12 Monaten ist groß. Beides zusammen veranlasst die Unternehmen, Investitionen aufzuschieben. Auch Investitionsförderprogramme können die besonders betroffenen Unternehmen in dieser Situation nicht zu Investitionen anregen. Die Politik kann die Wirtschaft unterstützen, indem sie das Funktionieren des nationalen und internationalen Waren- und Dienstleistungsverkehrs im Rahmen des in Pandemiezeiten Möglichen gewährleistet und dadurch der gewerblichen Wirtschaft Beschaffungs- und Absatzwege offen hält. Außerdem sollten öffentliche Investitionen, insbesondere Infrastrukturinvestitionen, vorangetrieben werden. Davon gehen direkt positive Effekte auf die Bauwirtschaft aus und indirekt auf alle anderen Branchen, da sie von der verbesserten Infrastruktur profitieren.

IHK Neubrandenburg
für das östliche Mecklenburg-Vorpommern
Katharinenstraße 48
17033 Neubrandenburg

Postanschrift:
Postfach 11 02 53
17042 Neubrandenburg

Frau Dr. Dorothea Lucke
Wirtschaft/Arbeit
Tel. 0395 5597-203
Fax 0395 5597-513
E-Mail dorothea.lucke@neubrandenburg.ihk.de
www.neubrandenburg.ihk.de

